

Inhaltsverzeichnis:

Seite 1-8

Bundesdelegiertentag

Seite 9

Bundesbesoldungsgesetz

2008/2009

Aus den Bezirken

Seite 10

Versteuerung der

Versorgungsbezüge

Impressum

.....
Redaktionsschluss

dieser Ausgabe war am:

26. Juni 2008

Bundesdelegiertentag 2008 in Wernigerode

Der Bundesdelegiertentag 2008 des Verbandes Deutscher Fernmeldetechniker fand vom 15. bis 17. Mai 2008 im Harzer Kultur & Kongresshotel Wernigerode statt.

Die Delegierten aus 14 Bezirksverbänden trafen sich im Harz, um die Arbeit für die nächsten zwei Jahre festzulegen und die Fragen und die anstehenden Probleme der Fernmeldetechniker bei der Deutschen Telekom AG zu erörtern.

Die beabsichtigten Personalreduzierungen im Unternehmen Telekom, die künftigen beruflichen Fortkommensmöglichkeiten und die Personalbedarfsentwicklung der kommenden Jahre standen im Mittelpunkt der diesjährigen Tagung.

Franz Roschkowski, Bundesvorsitzender des Verbandes Deutscher Fernmeldetechniker, begrüßte die Delegierten und die Gäste.

Sein besonderer Gruß galt:

Ludwig Hoffmann,
Oberbürgermeister der Stadt
Wernigerode

MdB Silke Stokar von Neuforn,
Innenpolitische Sprecherin von
Bündnis 90/ Die Grünen im
Deutschen Bundestag

MdB Christoph Waitz, Sprecher
für Medien und Kultur der FDP
Fraktion im Deutschen Bundestag

Horst Sayffaerth, Stellvertretender
Bundesvorsitzender der
Kommunikationsgewerkschaft
DPVKOM

Ulrich Bösl, Bundesvorsitzender
der Christlichen Gewerkschaft
Postservice und Telekommuni-
kation CGPT

Werner Nokiel, Deutsche Telekom
AG, Leiter CSM, Bonn, der sich
bereiterklärt hatte, das Referat zum
Thema "Von der Behörde zum
Global Player – Beamte in einem
privatisierten Unternehmen" auf
der Eröffnungsveranstaltung des
Bundesdelegiertentages zu über-
nehmen und

Susanne Feldmann, Deutsche
Telekom AG, CSM, Bonn

„Dass Sie gekommen sind, darüber freue ich mich und Ihre Anwesenheit zeigt, dass Sie Interesse an unserer Verbandsarbeit zeigen. Ich denke, dass diese Eröffnungsveranstaltung



für alle aufschlussreiche Neuigkeiten und Erkenntnisse bringt.“

Mit diesen Worten an die Gäste und die Delegierten betonte Franz Roschkowski, „dass der Bundes-



**Oberbürgermeister
Ludwig Hoffmann, Wernigerode**



Horst Sayffaerth DPVKOM



Ulrich Bösl CGPT

delegiertentag das Forum ist, das für den VDFP und seinen Mitglieder wichtige Wirkungsbereiche und Betroffenheiten darstellt.

Als oberstes Organ des VDFP wird dieser Bundesdelegiertentag satzungsgemäß alle zwei Jahre einberufen, um über Anträge zu beraten, den neuen Bundesvorstand für die nächsten 2 Jahre zu wählen und die Verbandspolitik neu zu bestimmen.“

In seinen weiteren Ausführungen ging der Bundesvorsitzende auf fünf Aspekte ein, die den VDFP zur Zeit stark bewegen:

Der Abbau von Arbeitsplätzen, die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, die Umorganisationen im Unternehmen, Respekt und Wertschätzung sowie der Blick über den Tellerrand.

„Der rasante Abbau von Arbeitsplätzen im Unternehmen verhindert geradezu attraktive berufliche Chancen für unsere Berufsgruppe“, so Franz Roschkowski, „die Verfalldaten für bestehende Strukturen werden immer kürzer.

Im regelmäßigen Rhythmus wird das Unternehmen auf den Kopf gestellt. Das Ziel ist immer: Die Kernkompetenzen noch stärker zu bündeln, die Geschäftsstrukturen zu fokussieren, um sich auf die veränderten Ansprüche der Märkte und der Wettbewerber einzustellen.

Die ständig publizierte Abbau von Arbeitsplätzen geht nach VDFP Auffassung an die Substanz des Unternehmens und stellt die Zusagen für einen exzellenten Kundendienst in Frage. Durch eine solche Vorgehensweise bleiben das Vertrauen und die Loyalität auf der Strecke.

Bei allen bisherigen Umorganisationen waren Menschen betroffen, die über Jahre und Jahrzehnte zum Nutzen des Unternehmens gewirkt haben und auf einmal mit leeren Händen da stehen, da der Arbeitsplatz weggefallen ist.

Diese Kräfte haben das Fundament gelegt und die Deutsche Telekom AG erfolgreich gemacht: Der VDFP fordert hier Respekt und Wertschätzung für diese Lebensleistungen der Mitarbeiter ein.

Auf dem Bundesdelegiertentag 2008 wird die ständige Umorganisation der DTAG ein vorrangiges Thema sein, da immer weitreichendere Konsequenzen für unsere Mitglieder damit verbunden sind.

Der VDFP erwartet eine ebenbürtige Würdigung der Interessen der Mitarbeiter und die frühzeitige Information über solche geplanten Aktionen; das ergibt dann unter Umständen angenehmere Perspektiven für alle Beschäftigten.

Im Moment werden von der Deutschen Telekom AG erhebliche Anstrengungen unternommen, um externe Arbeitsplätze für Beamte zu finden. Rein rechnerisch ergeben sich nachfolgende Beschäftigungsmöglichkeiten:

- Behördenruf 115** (2000 Stellen),
- Inkasso-Organisation** (1000 Stellen),
- Bundesanstalt für Arbeit** (2500 Stellen),
- Behördeninterne Jobagentur** (1000 Stellen),
- Bundesanstalt für Güterverkehr** (500 Stellen),
- Sonstige Dienstleistungen** (1000 Stellen),
- Einzelvermittlung** (1000 Stellen).

In diesem Zusammenhang bleiben einige wichtige Fragen wie z.B. die Anerkennung der Laufbahnprüfung für den mittleren technischen

Dienst durch den neuen Dienstherrn sowie fehlende Planstellen bei den o. a. Verwaltungen ungeklärt; hinzu kommt auch die fehlende Unterstützung auf der politischen Ebene.

Der VDFP hat schon 2002 in seinem Programm folgende fünf Standpunkte auf seine Fahne geschrieben, die immer noch aktuell sind:

1. Umfassende und frühzeitige Information aller Mitarbeiter und die frühzeitige Kreation von beruflichen Perspektiven

2. Beibehaltung und Einrichtung zukunftsorientierter Arbeitsplätze im Unternehmen

3. Horizontale Durchlässigkeit für die Mitarbeiter auf allen Arbeitsplätzen

4. Qualifizierung eigener Mitarbeiter vor Fremdeinstellungen

5. Beseitigung von Bereichsegoismen

Der VDFP wird auch weiterhin diese fünf Punkte vertreten und erwartet vom Bundesdelegiertentag 2008 hierzu nachhaltige Impulse."

Mit einem Zitat Albert Schweitzers, des bekannten Arztes, Theologen, Kulturphilosophen und Musikers, schloss Franz Roschkowski seine Ausführungen und erklärte den Bundesdelegiertentag 2008 des VDFP für eröffnet:

„Keine Zukunft vermag gutzumachen, was wir in der Gegenwart versäumen“.



Grußworte der Gäste:

Die Grüße der Stadt Wernigerode überbrachte Oberbürgermeister **Ludwig Hoffmann**, gratulierte den Delegierten, dass der VDFP Wernigerode als Tagungsort für den Bundesdelegiertentag ausgewählt hat.

Nach einem Überblick über die wirtschaftlichen und kulturellen Aktivitäten seiner Stadt ging Oberbürgermeister Hoffmann auf die Kommunikationsprobleme aus der Sicht einer Kommune ein und betonte die Notwendigkeit einer Versorgung mit breitbandigen Telekommunikationsdiensten, die allen Kunden als selbstverständlich zur Verfügung gestellt werden müssen, unabhängig vom Verkehrsaufkommen.

Die Informationsgerechtigkeit in ländlichen Raum und die Förderung der Schüler und Jugendlichen auf dem Gebiete der Informationstechnik unter dem Stichwort „Schulen ans Netz“ waren interessante Punkte in den Grußworten von **MdB Silke Stokar von Neuforn**, Innenpolitische Sprecherin von Bündnis 90 / Die Grünen im Deutschen Bundestag.

Frau Stokar konnte zum Sachstand des Dienstrechtsneuordnungsgesetzes berichten, dass der Innenausschuss des Deutschen Bundestages dieses für die Beamten wichtige Gesetz noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt habe, da weiterhin in Einzelfragen verhandelt wird.

Die Frage der Verlängerung der Vorruhestandsregelung für die Beamten der Postnachfolgeunternehmen ist weiterhin offen, zumal die beabsichtigte Altersgrenze mit dem 67. Lebensjahr in der gesetzlichen Rentenversicherung für die Vorruhestandsregelung relevant wird.



**MdB Silke Stokar von Neuforn
Bündnis 90 / Die Grünen**



MdB Christoph Waitz FDP



Werner Nokiel DTAG

MdB **Christoph Waitz**, Sprecher für Medien und Kultur der FDP Fraktion im Deutschen Bundestag ging in seinem Grußworten auf die moderne Informationsgesellschaft ein und betonte, dass sich seit 1995 der Markt für Informationstechnik und Telekommunikation rasant entwickelt habe:

„Nach Auskunft der BitKom lag der Umsatz für 2007 bei 143 Milliarden EURO und für 2008 wird ein Umsatz von 145 Milliarden EURO erwartet. Weiterhin erwarten 73 % der Unternehmen steigende Umsätze, aber nur 9 % der Unternehmen planen einen Personalabbau.

Immerhin 57 % der Unternehmen planen Personaleinstellungen, wobei der Fachkräftemangel Probleme bereitet.

Die Wettbewerbsfähigkeit hängt ganz entscheidend von der Verfügbarkeit einer modernen und zukunftsfähigen technischen Infrastruktur ab.

1,3 Milliarden Menschen weltweit nutzen heute das Internet; somit bleibt der Zugang zu breitbandigem Internet der entscheidende Faktor.

Die Versorgung mit breitbandigem Internet muss gerade in ländlichen Gebieten verbessert werden.

Das Wissenschaftliche Institut für Infrastruktur und Informationsdienste geht davon aus, dass allein 2500 Gemeinden in Deutschland, in denen rund 5 bis 6 Millionen Bürger leben, unterversorgt sind, was die Verfügbarkeit von schnellen Internetverbindungen angeht.“

Hier sieht MdB Christoph Waitz einen großen Nachholbedarf für die kommenden Jahre.

In seinen Grußworten ging **Horst Sayffaerth**, Stellvertretender Bundesvorsitzender der Kommuni-

kationsgewerkschaft DPVKOM auf das Verhalten der Deutschen Telekom AG beim Abbau der im Konzern vorhandenen Beamten ein und stellte fest, dass „mit merkwürdigen Strategien und Zielsetzungen auf die Beamten Druck ausgeübt wird.

“Man macht den Betroffenen glauben, dass sie eine bessere Beschäftigung im Bereich des öffentlichen Dienstes finden würden, die auch bessere berufliche Chancen beinhaltet. Mit nicht nachvollziehbaren Zahlen über offene Stellen werden die Beamten zu Bewerbungen verdonnert“, meinte Sayffaerth.

Nach seinen Aussagen ist es scheinbar der Deutschen Telekom AG nicht bekannt, dass in vielen Landes- und Bundesbehörden permanent Arbeitsplätze abgebaut werden.

In einigen Fällen wird von Seiten der Führungskräfte eindeutig Druck ausgeübt, sodass man schon vom „Mobbing“ sprechen kann.

In seinen weiteren Ausführungen ging Horst Sayffaerth auf die Besoldungserhöhungen ein, die durch die Übernahme des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst auf die Beamten und Versorgungsempfänger erfolgt ist.

Abschließend stellte er fest, dass sich die Deutsche Telekom AG besser mit Themen wie Schaffung von neuen zukunftsweisenden Arbeitsfeldern und einer Verbesserung des Service beschäftigen sollte, als mit Umstrukturierung und Personalumbau.

Ulrich Bösl, Bundesvorsitzender der CGPT, betonte in seinen Grußworten, dass alle im Telekom-Konzern tätigen Gewerkschaften sich seit Jahren schon in einer Art “Abwehrkampf“ befinden, um

Arbeitsplätze zu sichern und zu halten. Hierbei ist das vorrangige Ziel die Beschäftigungssicherung im Konzern.

Die augenblickliche Beförderungssituation ist bei den drei Postnachfolgeunternehmen gegenüber den Städten und Gemeinden sehr schlecht:

Bei der Deutschen Telekom AG haben Beamte der Besoldungsgruppe A 9 Aufgabeninhalte und Funktionen, die im kommunalen Bereich erst bei der Besoldungsgruppe A 11 beginnen.

Die Situation der Deutschen Telekom AG ist nach der Feststellung von Bösl “kritisch“ und somit auch die Situation aller Beschäftigten im Konzern:

Der von der Deutschen Telekom AG beschlossene andauernde Abbau von Arbeitsplätzen zehrt nach seiner Auffassung an der Substanz des Unternehmens und stellt zudem die Zusagen für einen verbesserten Kundendienst völlig in Frage.

Zu den andauernden Umorganisationen in den Geschäftsfeldern des Unternehmens meinte Bösl, dass die Verfalldaten für durchgeführte Umstrukturierungen immer kürzer werden.

Das aktuelle Referat des Bundesdelegiertentages zum Thema „**Postreform II – Von der Behörde zum Global Player – Beamte in einem privatisierten Unternehmen**“, hatte Rechtsanwalt **Werner Nokiel**, Leiter CSM, Deutsche Telekom AG, übernommen:

Am 01.01.1995 trat das Postneuordnungsgesetzes in Kraft und damit auch die Privatisierung der Deutschen Telekom AG. Basis der Änderung war eine Grundgesetzänderung ist, wonach die bei der

Deutschen Bundespost tätigen Bundesbeamten unter Wahrung ihrer Rechtsstellung und der Verantwortung des Dienstherrn bei einem privaten Unternehmen beschäftigt werden.

Bisher war die Deutsche Bundespost ein konkurrenzloser Monopolist, hatte die notwendigen finanziellen Handlungsspielräume und konnte Personal über Bedarf beschäftigen, was politisch auch gewollt war. Dies ist bei einem Unternehmen der Privatwirtschaft anders, hier ergeben sich finanzielle Spielräume allein aus dem Budget, die über Marktanteile und Erlöse erzielt werden. Marktanteile und Markterfolge bedürfen sorgfältiger Planung, Optimierung von Prozessen sowie Senkung von Kosten.

Die Deutsche Telekom AG hat in den letzten 10 Jahren große Aufgaben bewältigt:

Reorganisation einer nationalen Behörde zu einem global agierenden Telekommunikationsanbieter, Anpassung an die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes in Deutschland mit zahlreichen Anbietern von Telekommunikationsleistungen und einem drastischen Rückgang der Kunden.

Diese politisch gewollte Transformation hat trotz des Aufbaus neuer Geschäftsfelder bereits in den ersten 10 Jahren nach der Postreform II zu einem drastischen Rückgang des Personalbedarfs geführt. Dieser betriebswirtschaftlich zwingend notwendige Personalabbau betraf Arbeitnehmer und Beamte. Er konnte bisher unter erheblichen Aufwendungen sozialverträglich, ohne betriebsbedingte Kündigungen, gestaltet werden.

Neben der Vielzahl der dauerhaft zu Tochtergesellschaften überführten Arbeitnehmer werden inzwischen

rund 22.000 Beamtinnen und Beamte im Wege der Beurlaubung bei anerkannten Firmen, hauptsächlich Tochter- und Beteiligungsgesellschaften, beschäftigt. Weitere 23.000 Beamte werden im Wege der Zuweisung bei den T-Service-Gesellschaften weiterbeschäftigt und haben hier Dauerarbeitsplätze und Zukunftsaussichten.

Vorruhestand, Veränderungsgeld, Altersteilzeit, Abfindungen, Überbrückungsgeld, all dies hat die Deutsche Telekom mit einem enormen Aufwand selbst gestaltet. Hier ist weder der Bundeshaushalt berührt worden, noch sonst jemand an der Finanzierung dieser Aufgaben beteiligt gewesen. Im Jahre 2002 wurde die Personal-Service-Agentur eingerichtet, um Mitarbeiter im Personalüberhang neue Perspektiven zu eröffnen und betriebsbedingte Beendigungskündigungen zu vermeiden.

Vermittlungserfolge konnten teilweise nur unter erheblichem auch finanziellen Aufwand erzielt werden. Vereinbarungen mit dem Bund zur Förderung des Wechsels von Beamten in die Bundesverwaltung, angesichts der Haushaltslage und der oftmals speziellen Anforderungsprofile in der Bundesverwaltung, brachten nicht den großen Erfolg.

Einige Beamte konnten in der Zollverwaltung untergebracht werden, dies entspannt aber die Gesamtsituation im Personalumbau nur teilweise.

Einsatz bei der Bundesagentur für Arbeit:

Seit der Einführung des Sozialgesetzbuches II waren im Wege der Amtshilfe tausende Beschäftigte der Deutschen Telekom AG (überwiegend Beamte) im Einsatz bei der Bundesagentur für Arbeit; zur Zeit sind es etwa

noch 2.000.

Die Einführung des Sozialgesetzbuches II wäre seinerzeit ohne die Unterstützung durch Amtshilfepersonal überhaupt nicht zu bewerkstelligen gewesen.

Leider ist eine dauerhafte Übernahme in nur 100 Fällen realisiert worden.

Die Neuausrichtung des Konzerns durch konzernweite Bündelung in 2007 hat viel Unruhe mitgebracht.

Die Beurlaubung von Beamten kann nur auf freiwilliger Basis erfolgen. In der Realität aber haben nur wenige Beamte hiervon



Gebrauch gemacht. In dieser Zeit mussten Leih- und Zeitarbeiter Aufgaben erledigen, da die Telekom es nicht geschafft hat, Beamte gegen ihren Willen zu versetzen.

Dies hat nun dazu geführt, dass die Zuweisungsregelung in das Postpersonalrechtsgesetz aufgenommen werden musste.

Verantwortlich für den notwendigen Personalumbau sind die aktuellen geschäftlichen Wahrnehmungen:

Erheblich steigender Wettbewerbs-

druck national und international, Regulierungspolitik einseitig auf weitere Marktanteilsverluste des Unternehmens ausgerichtet, rasante technologische Entwicklung (z. B. Voice over IP).

Die mittel- und langfristige Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Telekom verlangt daher eine zusätzliche Effizienzverbesserung sowie die Anpassung der Personalstruktur und auch der Personalkosten an das Marktniveau.

Arbeitnehmer und Beamte sind gleichermaßen vom Personalüberhang betroffen. Weitere beschäftigungslose Beamtinnen und Beamte würden das Unternehmen mit weiteren Kosten belasten.

Hier müssen Politik und Wirtschaft gemeinsam Lösungen erarbeiten. Die Deutsche Telekom wird ihr Beschäftigungsproblem nicht länger aus eigener Kraft lösen können. Bereits jetzt ist absehbar, daß der vorzeitige Ruhestand das Problem der Personalüberhänge nicht lösen wird.

Die Deutsche Telekom hat zunehmend Probleme, bei einem Betriebsübergang die Beamten amtsangemessen zu beschäftigen. Amtsbezeichnung, Laufbahngruppe und Besoldungsgruppe haben in einem Unternehmen gar keinen Raum.

Hier geht es um eine Funktion und diese Funktion hat einen Wert, hinter diesem Wert steht ein Entgelt. Zur Zeit sind etwa 3.000 Beamte unterwertig beschäftigt, wobei unterwertig nicht mit weniger Gehalt und sinkender Versorgung einhergeht.

Die Zuweisung von Tätigkeiten ist für Beamte nur mit deren Einverständnis möglich. Viele Beamte verweigern diese Zuweisung, obwohl sie eine Möglichkeit hätten, in einer

Beteiligungsgesellschaft, wo die Telekom 49 % der Anteile hält, eine Weiterbeschäftigung zu erhalten.

Bereits beurlaubte Beamte versuchen den Widerruf der Beurlaubung zu erzwingen, indem sie Arbeitsverträge bei den Beschäftigungsunternehmen kündigen.

Der Personalumbau wird weiterhin Probleme aufwerfen, hier braucht die Telekom auch Unterstützung durch den Bund, denn er ist der Dienstherr, nicht das Unternehmen.

Im Zusammenhang mit dem Artikel 143 Grundgesetz kann man sich schon die Frage stellen, ob das Unternehmen Telekom erst insolvent werden muss, damit der Bund die Beamten übernimmt, oder geht es schon dann, wenn man als Unternehmen in unzumutbare wirtschaftliche Verhältnisse gerät. Bei dem notwendigen Personalumbau bzw. Personalabbau wird die Deutsche Telekom die Unterstützung des Bundes brauchen.

Die Beförderungsquote bei der Telekom betrug 2008 4%, bei der Deutschen Post 2,5% und beim Bund unter 2%.

Die Deutsche Telekom ist, was den Planstellenhaushalt angeht, nicht der „Entscheider“:

Jährlich muss dem Bundesfinanzministerium der Planstellenhaushalt zur Genehmigung vorlegt werden. Dies bedeutet harte Verhandlungen, denn es geht um Steuergelder und die Haushaltsabteilung des Bundesfinanzministeriums ist ein knallharter Verhandlungspartner.

Nach der Postreform I und auch am Anfang der Postreform II gab es aus ausreichende Planstellen; alle Planstellen sind von jungen Kräften besetzt worden, die diese auf Jahre blockieren.

Was würde geschehen, wenn

Telekom auf betriebsbedingte Kündigungen nicht verzichten würde, wen würde dies denn treffen? Es trifft insbesondere die neuen Bundesländer, denn die Arbeitnehmer in den alten Bundesländern genießen überwiegend den Kündigungsschutz.

Das bedeutet auf der anderen Seite, dass das Personalabbauproblem nicht allein auf den Schultern der Arbeitnehmer lasten kann, deswegen müssen auch Beamte einen Beitrag leisten, so bitter dies auch sein mag.

Die Vorruhestandsregelung wurde bisher von ca. 8.200 Beamten in Anspruch genommen. Ca. 25.000 Beamte könnten die Vorruhestandsregelung in Anspruch nehmen, wobei 40% diese Regelung wohl auch annehmen werden.

Personalumbau und Personalabbau wird es auch weiterhin über das Jahr 2010 geben.

Durch die Erhöhung der Lebensarbeitszeit soll die Vorruhestandsregelung nicht schon Ende März 2010 auslaufen. Alle Beamten, die bis Ende 2010 den Vorruhestand in Anspruch nehmen könnten, sollen dies trotz der Erhöhung der Lebensarbeitszeit in Anspruch nehmen können.

In der anschließenden Diskussion wurden die Themenpunkte Beamte im Unternehmen Telekom, Beförderungsmöglichkeiten für Beamte, Inanspruchnahme und Qualifizierungsmaßnahmen, Vorruhestandsregelung sowie das Dienstrechtsneuordnungsgesetz angesprochen.

Der Bundesvorsitzende dankte dem Referenten und allen Diskussionspartnern für ihre inhaltsreichen Aussagen und schloss die Eröffnungsveranstaltung des Bundesdelegiertentages 2008.

Der zweite Tag des Bundesdelegiertentages wurde mit einem Referat zum Thema

“Patente. Geistiges Eigentum muss geschützt werden. Ein Überblick über den gewerblichen Rechtsschutz im Telekom-Konzern”

fortgesetzt, für das der Bundesvorstand Dipl.-Ing. **Klaus Hacker**, Leiter der Konzernpatentabteilung der Deutschen Telekom AG, als Referenten gewinnen konnte.

Am Beginn seines Referates ging Klaus Hacker auf die Frage ein:

„Wozu brauchen wir Patente?“ und zitierte Alain Pompidou, den Präsidenten des Europäischen Patentamtes, wonach „... ein Patent eine Auszeichnung für den Erfinder ist. Eine Anerkennung seiner Intelligenz, seiner Kreativität und des Mehrwerts, den er geschaffen hat. Außerdem gibt ein Patent dem Erfinder das Recht, seine Idee eine gewisse Zeit als Einziger zu nutzen....“

„Geistiges Eigentum“ so erklärte Hacker, „muss geschützt werden“ und erklärte weiter die Begriffe Erfindung und Patent.

Patente werden für Erfindungen erteilt, die neu sind, auf einer erfinderischen Tätigkeit beruhen und gewerblich anwendbar sind.

Danach gilt eine Erfindung als neu, „wenn sie nicht zum Stand der Technik gehört.

Der Stand der Technik umfasst alle Kenntnisse, die vor dem für den Zeitrang der Anmeldung maßgeblichen Tag durch schriftliche oder mündliche Beschreibung, durch Benutzung oder in sonstiger Weise der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sind“.

Patente hingegen „werden für Erfindungen erteilt, die neu sind, auf einer erfinderischen Tätigkeit beruhen und gewerblich anwendbar sind“.



In seinen weiteren Ausführungen ging Klaus Hacker auf die Begriffe Erfindung und Verbesserungsvorschlag ein und schilderte die Vorgehensweise bei Patentanmeldungen im Telekom-Konzern sowie die Dienstleistungen der Patentabteilung.

Zum Schluss seiner Ausführungen gab Klaus Hacker einen Überblick über das Gesetz über Arbeitnehmererfindungen, das die rechtliche Grundlage für Erfindungen im Telekom-Konzern darstellt.

Der Bundesvorsitzende dankte Klaus Hacker für seine interessanten Ausführungen.



Nach einer kurzen Pause wurde der Bundesdelegiertentag mit dem Geschäftsbericht des Bundesvorstandes fortgesetzt.

Zuvor erfolgte die Totenehrung für alle in den letzten zwei Jahren verstorbenen Mitglieder durch eine Schweigeminute des Gedenkens. Stellvertretend für alle verstorbenen Mitglieder der letzten zwei Jahre wurde unseres langjährigen Mitstreiters **Rolf Troitzsch** (Bezirk Nordwürttemberg) gedacht, der sich auf Orts- und Bezirksebene jahrelang für die Belange seines Berufsstandes aktiv eingesetzt hatte.

In seinem Geschäftsbericht ging der Bundesvorsitzende Franz Roschkowski auf die vielfältigen Aktivitäten des Bundesvorstandes in den vergangenen zwei Jahren ein und erwähnte :

Insichbeurlaubung, Vorruhestand, Absenkung der Versorgungsbezüge, Postpersonalrechtsgesetz, Dienstrechtsreform, Beförderungen und Verwendungsaufstieg, Umbau im Telekom-Konzern, Zugang der Pensionäre zu elektronischen Medien, Wochenarbeitszeit, Kontakte zu Verbänden und Gewerkschaften, Sitzungen des Bundesvorstandes, VDFP - Nachrichten, Bezirksdelegiertentage und Jahreshauptversammlungen und andere Aufgaben des VDFP.

Zum Thema Personalabbau stellte Franz Roschkowski fest, dass die genannte Zahl von 32 000 Arbeitsplätzen nach seiner Auffassung „nicht das Ende der Fahnenstange darstellen“, sondern mit weiteren Abbaumaßnahmen zu rechnen sei.

Bei den Beförderungsmöglichkeiten ist festzustellen, dass seit zwei Jahren neue Bewertungskataloge

für Tätigkeiten von Beamten bestehen, die aber keine Beförderungen ermöglichen.

Für 2008 sind keine Maßnahmen für einen Verwendungsaufstieg vorgesehen; dies stellt nach Auffassung des VDFP eine Benachteiligung für leistungsstarke Beamte dar.

Franz Roschkowski verwies auf die Veröffentlichungen unserer Aktivitäten in den VDFP-Nachrichten sowie im Internet auf unserer Website "www.vdfp.de".

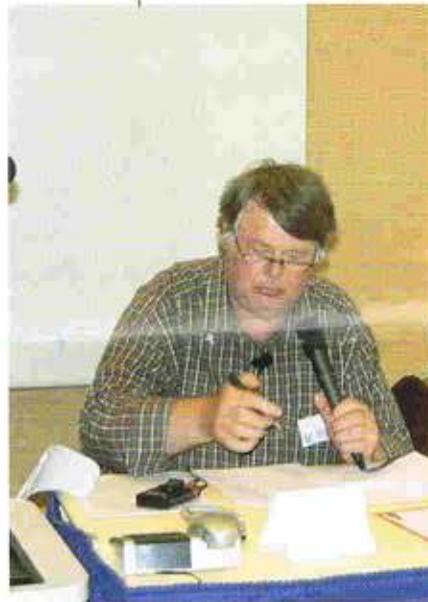
Die Delegierten des Bundesdelegiertentages 2008 spendeten für das Betreuungswerk Post Postbank Telekom die Summe von 170 EURO.



Übergabe der Spendensammlung

Am Schluss seiner Ausführungen dankte der Bundesvorsitzende allen Mitgliedern für ihre vielfältigen Aktivitäten auf allen Organisations-ebenen und betonte die Notwendigkeit der "aktiven Mitarbeit für unsere beruflichen Belange", die nur von den "Betroffenen" erfolgreich durchgeführt werden kann.

Joachim Scholz berichtete über die durchgeführte Kassenprüfung und bescheinigte unserem Kassierer Rolf Klug eine einwandfreie Kassenführung und empfahl die Entlastung des Kassierers.



Rolf Klug beim Kassenbericht

Auf Antrag von Peter Behrend entlastete der Bundesdelegiertentag den Bundesvorstand einstimmig für seine geleistete Tätigkeit.

Die Neuwahl des Bundesvorstandes ergab folgende Zusammensetzung:

Bundvorsitzender
Franz Roschkowski

Stellvertretende Bundesvorsitzende
Karl Schäffer und Klaus Stiller

Schriftführer
Bernd-Peter Reimann

Stellvertretender Schriftführer
Ferdinand Pohl

Kassierer
Rolf Klug

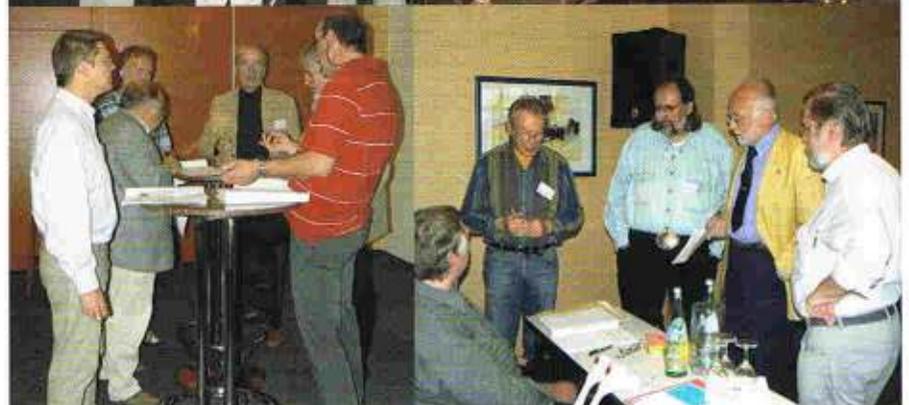
Stellvertretender Kassierer
Gustav Huneke

Beisitzer
Ursel Christ Hans Kraft

Werner Kraus Herbert Ruck

Klaus Sprywald Klaus Wild

Als Kassenprüfer wurden **Rainer Hoffmann** und **Armin Kattelmann** für die nächsten zwei Jahre gewählt.



Der dritte Tag des Bundesdelegiertentages befasste sich mit den vorliegenden Anträgen, die vor allem organisatorischen Fragen beinhalten.

(Über die Behandlung der Anträge zum Bundesdelegiertentag 2008 wird die Redaktion in einer der nächsten Ausgaben der VDFP-Nachrichten berichten.)

In seinem Schlusswort betonte der wieder gewählte Bundesvorsitzende Franz Roschkowski die Notwendigkeit der verstärkten Mitgliederwerbung und den weiteren Ausbau unserer VDFP Medien, da nur eine schnelle Information unseren Mitglieder einen erfolgreichen Wissensvorsprung ermöglicht.

Er dankte allen Delegierten und den Mitgliedern des Bundesvorstandes für ihre erfolgreiche Mitarbeit und beendete mit den besten Wünschen für eine gute Heimreise den Bundesdelegiertentag 2008 in Wernigerode.



Der neue VDFP - Bundesvorstand

v.l.n.r.: Bernd-Peter Reimann, Franz Roschkowski, Klaus Stiller, Rolf Klug, Hans Kraft, Herbert Ruck, Karl Schäffer, Klaus Sprywald, Werner Kraus, Ursel Christ, Ferdinand Pohl, Klaus Wild, Gustav Huneke

Bundesbesoldungsgesetz verabschiedet

Das Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2008/2009 wurde am 29. Mai 2008 wurde vom Bundestag in 2. und 3. Lesung beschlossen.

Somit wurden die Tarifierhöhungen für den öffentlichen Dienst auf die Beamten und Versorgungsempfänger des Bundes übertragen.

Das Gesetz sieht folgende Anhebungen der Dienst- und der Versorgungsbezüge vor:

1. Ab dem **01. Januar 2008** werden die Grundgehaltssätze um **50 EURO** angehoben. Auf dieser Basis werden zum 01. Januar 2008 die Dienst- und Versorgungsbezüge linear um **3,1 %** angehoben.
2. Ab dem **01. Januar 2009** werden die Dienst- und Versorgungsbezüge linear um **2,8 %** angehoben.
3. Im Januar 2009 erfolgt eine **Einmalzahlung von 225 EURO**.

Bezirksdelegiertentag 2008 des Bezirksverbandes Nord

Der Bezirkdelegiertentag 2008 findet am 01. November 2008 in Lübeck im Scandic Hotel, Travemünder Allee in Lübeck statt. Die schriftlichen Einladungen an die Mitglieder werden im August 2008 versandt.

Als Gastreferenten nehmen Vertreter des VDFP-Bundesvorstandes, der Kommunikationsgewerkschaft DPVKOM und der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di am Bezirksdelegiertentag 2008 teil.

Versteuerung der Versorgungsbezüge ab 2005

Die beamtenrechtlichen Versorgungsbezüge sind in der Vergangenheit regelmäßig durch die Anrechnung des Versorgungsfreibetrags steuerlich begünstigt worden. Bis 31.12.2004 betrug der Versorgungsfreibetrag 40 v. H. des maßgeblichen Versorgungsbezugs, höchstens jedoch 3.072,- € jährlich bzw. 256,- € monatlich.

Durch das Alterseinkünftegesetz vom 5. Juli 2004 wurde der Versorgungsfreibetrag neu geregelt. Ziel ist die Umstellung auf die so genannte nachgelagerte Besteuerung, die letztendlich zum endgültigen Wegfall des Versorgungsfreibetrages ab dem 01.01.2040 führt.

Ab 01.01.2005 wird der jeweilige Versorgungsfreibetrag abhängig vom Jahr des Beginns des Versorgungsbezugs einmalig festgesetzt. Der Versorgungsfreibetrag für am 01.01.2005 vorhandene Versorgungsberechtigte beträgt weiterhin 40 v. H. der maßgeblichen Versorgungsbezüge, lediglich der Höchstbetrag wurde geringfügig auf 3.000,- € bzw. 250,- € monatlich abgesenkt. Erst für Versorgungsberechtigte mit Versorgungsbeginn ab 2006 werden der maßgebliche Vomhundertsatz und Höchstbetrag des Versorgungsfreibetrages in jährlichen Stufen bis zum vollständigen Wegfall ab 01.01.2040 abgesenkt. Dabei ist der jeweils im Kalenderjahr des Versorgungsbeginns maßgebliche Vomhundertsatz und Höchstbetrag bei der einmaligen Festsetzung des Versorgungsfreibetrages anzuwenden.

Bemessungsgrundlage für die Ermittlung des Versorgungsfreibetrages ist für am 01.01.2005 vorhandene Versorgungsempfänger das 12-fache der Versorgungsbezüge für den Monat Januar 2005.

Bei Versorgungsbeginn nach dem 01.01.2005 ist die Bemessungsgrundlage das 12-fache des ersten vollen monatlichen Versorgungsbezugs.

Zusätzlich zu dem Versorgungsfreibetrag steht den Versorgungsberechtigten ab 01.01.2005 ein Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag und ein Werbungskosten-Pauschbetrag in Höhe von 102,- € jährlich bzw. 8,50 € monatlich zu.

Der Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag beträgt im Jahr 2005 jährlich 900,- € bzw. 75,- € monatlich. Er wird ebenfalls ab 2006 in jährlichen Stufen bis zum vollständigen Wegfall ab 01.01.2040 gesenkt.

Diese beiden Beträge ersetzen den ab 01.01.2005 für Versorgungsempfänger weggefallenen Arbeitnehmer-Pauschbetrag von 920,- € jährlich.

Der einmal festgesetzte Versorgungsfreibetrag und auch der Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag bleiben dem Versorgungsurheber und auch dessen versorgungsberechtigten Hinterbliebenen ab der Festsetzung i. d. R. "lebenslanglich" in unveränderter Höhe erhalten. Eine Neuberechnung ist allerdings immer dann vorzunehmen, wenn sich der Versorgungsbezug aufgrund der Anwendung von Anrechnungs-, Ruhens-, Erhöhungs-, und Kürzungsregelungen erhöht oder vermindert.

Bei der Steuerermittlung nach der besonderen Lohnsteuertabelle ist zu beachten, dass hier für 2005 der volle Arbeitnehmer-Pauschbetrag von 920,- € jährlich bzw. 77,- € monatlich eingearbeitet ist.

Daher ist vor Anwendung der Tabelle die Summe aus Versorgungsfreibetrag, Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag und Werbungskosten-Pauschbetrag um 920,00 € jährlich bzw. 77,00 € monatlich zu vermindern.

Näheres unter www.vdfp.de (Service).

Impressum

Herausgeber: Verband Deutscher Fernmeldetechniker e.V. Postfach 10 22 25, 60022 Frankfurt am Main; Tel.: (0 69) 24 24 94 65;

Fax: (0 69) 24 24 94 66; eMail: VDFF-BV@t-online.de www.vdfp.de

Verantw. Redaktion: Bernd-Peter Reimann, Gustav Huneke, Ferdinand Pohl

Druck: Gathof Druck GmbH, Anzengruberstraße 12, 63073 Offenbach/Main-Bieber

Gezeichnete und übernommene Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung des VDFF oder der Redaktion dar. Die Redaktion behält sich das Recht vor, die eingesandten Artikel zu überarbeiten und ggf. zu kürzen. Eine Zurücksendung von unaufgefordert eingesandten Manuskripten und Bildern erfolgt nur bei entsprechendem Hinweis durch den Einsender.

Geben Sie Ihren Kollegen eine Chance, reichen Sie die VDFF - Nachrichten weiter!